

Berliner Stadtblatt

MITTE



WAS SICH ÄNDERN MUSS.
Prominente Berlinerinnen und Berliner über ihre Wünsche zur Bundestagswahl.
Seite 3

WISSENSWERTES AUS BERLIN UND DEM BEZIRK BERLIN MITTE · AUSGABE SEPTEMBER 2013

GUTE BETREUUNG UND GUTE BILDUNG – GUTE PERSPEKTIVEN!

Über die Jobchancen unserer Kinder entscheiden weniger die Personalabteilungen, als vielmehr eine gute Bildung. Deshalb nimmt der Senat – obwohl das Land weiter sparen muss – Geld in die Hand, um den Berliner Kindern und Jugendlichen eine bestmögliche Ausgangslage zu verschaffen. Mit dem Kita-Ausbau-Programm erweitern wir das Betreuungsangebot für die Kleinen. Das Schul-



snierungsprogramm und die Neueinstellung von rund 1.400 Lehrern verbessern das Bildungsangebot in den Schulen. Brennpunktschulen in einem besonders herausfordernden sozialen Umfeld werden mit zusätzlichen Mitteln gezielt unterstützt. Der Ausbau von Kitas und Ganztagschulen steigert nicht nur die Bildungschancen der jungen Generation, sondern erleichtert es auch Eltern und vor allem Alleinerziehenden, wieder arbeiten zu gehen. So zählt sich die gute Bildungsinfrastruktur doppelt aus: gute Perspektiven für Kinder und Eltern!
Ihr Klaus Wowereit



Genauso heiß wie dieser Sommer könnte auch der Herbst werden – weniger meteorologisch als politisch. Die Wahlen zum Deutschen Bundestag stehen an. Über 600 Abgeordnete stellen sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Ihnen geht es vor allem um eines: Dass die Wahlberechtigten ihr Recht aufs Wählen am 22. September wahrnehmen. Ohne diesen Schritt verliert die Demokratie ihre Legitimation und Demokratieorte wie der Reichstag wären nur schöne Hüllen. Foto: AKP

Schon entschieden?

Spannung vor der Bundestagswahl - Viele Wählerinnen und Wähler sind noch unentschieden - Klare Unterschiede bei den Konzepten der Parteien

Es wird spannend am 22. September - auch für die Meinungsforscher. Denn in den Umfragen vor der Bundestagswahl geben diesmal 40 Prozent der Befragten an, sich noch nicht entschieden zu haben. Oder ihre Wahlentscheidung noch einmal überdenken zu wollen.

Für die derzeitige Bundesregierung ist das nicht gerade ein Vertrauensbeweis. Im ARD-Deutschlandtrend wünschten sich im August auch nur ganze 41 Prozent eine Fortsetzung der schwarz-gelben Regierung, 55 Prozent sagen: Es ist Zeit für einen Regierungswechsel. Zahlen, die übrigens seit Monaten konstant sind.

Bei vielen entscheidenden Fragen fehlt der jetzigen Bundesregierung der Rückhalt in der Bevölkerung. Mehr als drei Viertel der Befragten halten etwa das Betreuungsgeld, das vom Kitabesuch fernhält, für Unfug. Und auch beim Mindestlohn folgt die Mehrheit den Vorschlägen von SPD, Gewerkschaften und Grünen. Beim Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb könnten solche inhaltlichen Unterschiede am Ende den Ausschlag geben.

Denn es gibt klare Alternativen. Die Wählerinnen und Wähler können entscheiden, ob weiter vorrangig auf den Markt gesetzt wird – und

damit im Zweifelsfall auch einmal ganze Städte vom Bahnnetz abgekoppelt werden. Oder ob zentrale Alltagsfragen wieder stärker gesellschaftlich geregelt werden.

Es ist die Entscheidung zwischen einem schwarz-gelben Streit über regionale und branchenspezifische Mindestlöhne oder seine flächendeckende Einführung durch Rot-Grün. Zwischen dem Zulassen von Altersarmut oder dem Umsteuern in der Rentenpolitik. Zwischen Mieterhöhungen im bisherigen Umfang oder einem stärkeren Schutz der Mieter gerade bei Neuvermietung.

Unterschiedliche Vorstellungen gibt es auch bei der

Bildung: hier Betreuungsgeld, dort Kita-Ausbau. Oder bei der Finanzierung von Pflege und Gesundheit, wo Rot-Grün mit der Bürgerversicherung eine Alternative entwickelt hat. All dies setzt entsprechende Steuereinnahmen und ein Steuersystem voraus, das die Leistungsfähigkeit berücksichtigt.

Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer der SPD ziehen derzeit von Haustür zu Haustür, um vor allem frühere SPD-Wählerinnen und Wähler zurück zu gewinnen. Mit ihrer Unterstützung könnte im 150. Jahr der SPD wieder für mehr Gerechtigkeit gesorgt werden. Entschieden ist noch nichts.

Mehr zum Thema auf S. 3

IN DIESER AUSGABE

BEZAHLBAR WOHNEN
Berlin tut viel für bezahlbare Mieten. Einiges kann nur der Bundestag regeln. Seite 4

HEIMAT STADT
Christina Rau entdeckt ihr „privates Berlin“. Seite 5

RÄTSEL
Zu gewinnen: Interessante Freikarten bei den Stadtblatt-Rätseln. Seite 6

OHNE ZAUN
Der Tiergarten braucht keine Umzäunung, sagt Janina Körper, SPD-Bezirksverordnete in Mitte. Seite 8

VERSCHULDET?
Kompetente Hilfe: Ein Besuch in der Caritas-Beratungsstelle in Mitte. Eva Högl und Brigitte Zypries besuchten die Einrichtung jetzt. Seite 8

ZAHL DES MONATS

2.502.277

So viele Wahlberechtigte können am 22. September in Berlin an der Bundestagswahl teilnehmen, das sind 34.305 mehr als bei der Bundestagswahl 2009.

ZITAT DES MONATS

»Schlechte Kandidaten werden gewählt von guten Bürgern, die nicht zur Wahl gehen«
Thomas Jefferson (1743–1826), US-Präsident

Auf Hausbesuch

SPD-Mitglieder besuchen die Bürgerinnen und Bürger von Mitte

In kleinen Teams klingeln sie an den Türen und wollen wissen, was den Bürgerinnen und Bürgern in den Kiezen auf den Nägeln brennt. Fast immer sind es freundliche, interessante Gespräche.

„Wissen Sie schon, ob Sie im Herbst wählen gehen? Wie stehen Sie zur Forderung eines gesetzlichen Mindestlohns? Und welches Thema sollte eine SPD-Regierung vor allem angehen?“ lauten beispielhaft die knappen Fragen, welche die kleinen Teams von engagierten SPD-Mitgliedern im Bezirk

Mitte seit ein paar Wochen den Bewohnerinnen und Bewohnern an der Haustüre stellen.

„Warum wir das tun? Wir wollen gerne mehr erfahren“, sagt Boris Velter, SPD-Kreisvorsitzender von Mitte. „Wir wollen unsere Politik mit den Ansprüchen der Menschen in unserem Bezirk abgleichen und für unsere Ansätze werben. Deswegen freuen wir uns über jede Tür, die geöffnet wird und über jede Antwort. Wir wollen, dass alle am 22. September wissen, welche Wahl sie haben.“

Die Bilder bleiben im Kopf

Die Bundestagsabgeordnete Eva Högl aus Mitte engagiert sich gegen rechts und mit Herz für den Bezirk!

Zehn Fotos liegen auf dem Schreibtisch von Eva Högl. Es sind Bilder jener Menschen, die zwischen 2000 und 2007 Opfer der rechtsextremen Zwickauer Terrorzelle wurden.

Für sie studiert Högl immer wieder bis tief in die Nacht meterhohe Berge von Akten. Als SPD-Sprecherin im NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags will sie vor allem eines: für die Opfer und Angehörigen eine lückenlose Aufklärung darüber, wie drei Rechtsextreme mehr als ein Jahrzehnt in Deutschland



Eva Högl, SPD-Sprecherin im NSU-Untersuchungsausschuss.

untertauchen und zehn Menschen ermorden konnten. Die Themen NSU und Rechtsextremismus berühren sie sehr:

„Ich bin teilweise so sehr in diese Welt abgetaucht, dass ich selbst vom Zwickauer Terrortrio träume.“ Mehr auf Seite 7.

GUT FÜR BERLIN

WIRTSCHAFT IM AUFWIND

Das Wirtschaftswachstum Berlins wird nach Prognosen des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wie im Vorjahr über dem bundesdeutschen Schnitt von 0,7 Prozent liegen. Die Hauptstadt bildet damit in Ostdeutschland eine Ausnahme. Dort stagniert die Konjunktur.

MEHR NEUBAUTEN

Im ersten Halbjahr 2013 sind in Berlin 4.026 geplante Neubauwohnungen genehmigt worden, das ist über ein Drittel mehr als im ersten Halbjahr 2012. Während die Zahl für neue Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern um 11 Prozent anstieg, erhöhte sich die Zahl der geplanten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sogar um die Hälfte (+50,4 Prozent). Durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, z. B. Dachgeschossausbau, werden dem Wohnungsmarkt weitere 896 Wohnungen zur Verfügung stehen.

KÜNDIGUNGSSCHUTZ

Der Senat hat den Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen auf zehn Jahre in ganz Berlin ausgeweitet. Die neue Verordnung, die von Stadtentwicklungs- und Umweltsenator Michael Müller mit Wirkung zum 1. Oktober erlassen wurde, ersetzt frühere Regelungen, die nur für einige Innenstadtbereiche galten.

SCHLECHT FÜR BERLIN

BETREUUNGSGELD

Jeder Anreiz, Kinder aus der Kita fernzuhalten, ist eine gefährliche Fehlsteuerung. Das belegen Ergebnisse der jetzt veröffentlichten Einschulungsuntersuchung, nach denen der Besuch einer Kita die Deutschkenntnisse von Kindern – und damit ihre Schulfähigkeit – nachhaltig fördert. So verfügen heute 75 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund nach einem mindestens zweijährigen Kita-Besuch über gute bis sehr gute Deutschkenntnisse. Bei Kindern, die die Kita nicht besucht haben, sind es unter 50 Prozent.

S-BAHN-AUSFÄLLE

Zwischen Januar und Mai sind nach Angaben der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung insgesamt 10.491 Zugfahrten bei der Berliner S-Bahn ausgefallen. Die gefahrenen Züge haben sich um insgesamt 133.533 Minuten verspätet, das sind etwas mehr als 93 Tage.

So gesehen ...



Karikatur: Erich Rauschenbach

ZUR WAHL STEHT DIE SOZIALE GERECHTIGKEIT

Von Dr. Jan Stöß, Landesvorsitzender der SPD Berlin

Immer mehr Menschen müssen die Erfahrung machen, dass sie zwar hart arbeiten, aber trotzdem nicht genug zum Leben haben. Der Arbeitsmarkt ist gespalten. Auch Einkommen und Vermögen gehen immer weiter auseinander. Da ist etwas aus dem Lot geraten.

Die SPD will dieser Entwicklung nicht tatenlos zuschauen. Wir wollen mehr WIR und weniger Egoismus. Und damit sind wir nicht alleine: Viele Menschen wollen mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, mehr soziale Gerechtigkeit.

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 stehen echte Alternativen zur Wahl:

Beispiel Arbeit: Im Jahr 2010 mussten 22% der Beschäftigten mit einem Nied-



riglohn auskommen – und noch immer ist Deutschland eines der letzten EU-Länder ohne gesetzlichen Mindestlohn. Von Arbeit muss man leben können, deshalb wollen wir einen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro.

Beispiel Rente: Die Bundesregierung schaut tatenlos

zu, wie absehbar immer mehr Menschen trotz einer langen Erwerbsbiografie im Alter auf Grundsicherung angewiesen sein werden – statt jetzt die noch gute finanzielle Lage der Rentenkasse für Reformen zu nutzen. Die SPD ist die einzige Partei, die ein Rentenkonzept hat. Wir werden als SPD das derzeitige Sicherungsniveau bei der Rente stabilisieren und die Ost- an die Westrente angleichen. Damit nach einem langen Erwerbsleben im Alter genug Geld zum Leben bleibt.

Beispiel Kinderbetreuung: Hier wird das Versagen der schwarz-gelben Bundesregierung besonders deutlich: Statt (vor allem im Westen) dringend benötigte Kindertagesstätten zu bauen, werden 2 Milliarden Euro für das



Klaus Staeck, Jahrgang 1938, ist Grafikdesigner, Karikaturist und Jurist. Foto: privat

„Von einer sozialdemokratisch geführten Regierung erwarte ich, dass sie etwas gegen die zunehmende soziale Ungerechtigkeit und das dramatische Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich unternimmt“, sagt Klaus Staeck.

Wieder mehr Gerechtigkeit

Klaus Staeck wirbt für eine andere Politik

„Die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger zweifelt daran, dass es in Deutschland noch gerecht zugeht“, heißt es in einem Aufruf, den die Aktion für mehr Demokratie im Internet veröffentlicht hat.

„Die deutsche Wirtschaft wächst, der Export boomt. Während die Zahl der Milliardäre weiter zunimmt, wächst die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse, droht Altersarmut. Eine verfehlte Regierungspolitik spaltet die Gesellschaft.“

Einer der Initiatoren dieses Aufrufs ist der Grafiker Klaus Staeck. Seit April 2006 ist er Präsident der Akademie der Künste in Berlin.

Dem Berliner Stadtblatt erläutert er, warum er so deutlich für einen Regierungswechsel eintritt.

„Es geht um das glaubhafte Engagement für den Schutz der Umwelt ebenso wie um die Durchsetzung des Mindestlohnes sowie den Kampf gegen den totalen Überwachungsstaat.“

Gefragt ist praktische Politik statt opportunistisches Schwadronieren nach dem Motto: Mutti wird's schon richten.

Es geht um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands in Europa.

Es geht um die Beendigung einer Krisenbewältigung zu Lasten der Mehrheit, die wieder einmal für eine fehlgeschlagene Politik zur Kasse gebeten wird.“

FÜR JEDEN ETWAS

■ Horst Seehofer, CSU-Vorsitzender:

»Ich unterschreibe als CSU-Vorsitzender nach der Bundestagswahl keinen Koalitionsvertrag, in dem die Einführung der Pkw-Maut für ausländische Autofahrer nicht drin steht.«

■ Gero Storjohann, CDU-Verkehrspolitiker:

»Es bleibt dabei, eine Maut für Pkw wird nicht kommen.«

■ Armin Laschet, stellvertretender CDU-Vorsitzender:

»In einem Koalitionsvertrag wird das stehen, auf was sich CDU und CSU verständigt haben. Die Maut gehört nicht dazu.«

■ Michael Link (FDP), Staatsminister im Auswärtigen Amt:

»Eine nationale Abgabe, die einerseits alle EU-Bürger beträfe, andererseits aber alle Inländer ausnähme, geht europarechtlich nicht.«

Pflegereform – vier verlorene Jahre

von Martin Matz, Vorstandsmitglied des Diakonischen Werks Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.

Die vier Jahre, die mit der Bundestagswahl im September zu Ende gehen, waren verlorene Zeit für die Pflege. Gerade in der verbesserten Betreuung von pflegebedürftigen Menschen mit Demenz besteht die dringendste Aufgabe. Mit einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff wollte die Politik hier Abhilfe schaffen. Aber warum ist das so schwierig?

„Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff“, das klingt nach einer eher technischen Arbeit. Aber vor allem führt jede sinnvolle Neuausrichtung der Pflegeversicherung zu einem höheren Finanzbedarf. Mehr Hilfe bei

Demenz, ein neues Begutachtungsverfahren zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit, angemessene Bezahlung im anspruchsvollen Pflegeberuf, Abschied von der „Minutenpflege“, weniger Sozialhilfeabhängigkeit von Pflegebedürftigen – all diese Aufgaben werden Geld kosten.

Schon vor sechs Jahren begann ein Expertenbeirat beim Bundesgesundheitsministerium einen Vorschlag für einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff zu erarbeiten – ein schwieriges Thema und daher wurde es auch eine dicke Broschüre. 2009 noch vor dem Regierungsantritt der heutigen Koalition vorgelegt, wa-

ren die Erwartungen groß, dass der Inhalt nun mit einer umfassenden Pflegereform umgesetzt wird. Doch der neue Bundesgesundheitsminister machte sich nicht an die Umsetzung der Reform, sondern ließ den Beirat weiterarbeiten, bis 2011 der ehemalige Diakoniepräsident Gohde seine Funktion als Vorsitzender des Beirates hinwarf. „Ich konnte nicht den Eindruck gewinnen, dass das Ziel, eine Verbesserung für Menschen mit Demenz zu erreichen, von der Regierung getragen wird. Ich habe auch keinen politischen Willen für die Finanzierung gesehen“, sagte er u.a.

2013 – vier Jahre nach dem



Bericht des Pflegebeirats – erklärt nun die Bundesregierung, die Ideen zum Pflegebedürftigkeitsbegriff von damals seien eigentlich richtig gewesen. Der Umsetzung der wichtigen Reform ist Deutschland aber noch keinen Schritt näher gekommen, weil die Regierung es offenbar nicht wollte oder nicht konnte.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Chefredakteur: Mark Rackles (Vi.S.d.P.) **Redaktion:** Ulrich Horb (CvD), Gunter Lange, Ulrich Rosenbaum, Josephine Steffen **Bezirksredaktion:** Ulrike Dehmel, Heiko Hanschke (Mitte), Burkhard Hawemann, Kai Doering (Friedrichshain-Kreuzberg), Martina Krahl, Lucas Koppehl (Pankow), Robert Drennicki (Charlottenburg-Wilmersdorf), Helene Sommer, Susanne Finsel (Spandau), Hans Kegel (Tempelhof-Schöneberg), Lisa Maren Bürger (Steglitz-Zehlendorf), Christopher King (Neukölln), Ralf Thies (Treptow-Köpenick), Enrico Stoelzel (Marzahn-Hellersdorf), Christian Paulus (Lichtenberg) **Anschrift:** Berliner Stadtblatt, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, info@berliner-stadtblatt.de, berliner-stadtblatt.de **Grund-Layout:** Projektdesign Berlin **Gestaltung:** koko-berlin.de **Anzeigen:** Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, anzeigen@vorwaerts.de **Druck:** Henke Pressedruck GmbH & Co. **KG Auflage:** 542.000 Exemplare

Was sich ändern muss

Prominente Berlinerinnen und Berliner über ihre Erwartungen an die Bundestagswahl

Die Schlagzeilen stellen der Bundesregierung kein gutes Zeugnis aus.

„Kabinett der Ahnungslosen“ titelte die Berliner Zeitung unlängst. Und die Bilanz der Süddeutschen

Zeitung lautete: „Die größte Leistung der Koalition ist es deshalb, dass sie die vier Jahre überlebt hat.“

Welche Erwartungen verbinden Berlinerinnen und Berliner mit dem 22. September, was soll sich politisch ändern, fragte das Berliner Stadtblatt. Hier einige Antworten.



TIM RENNER ...

...1964 geboren, ist Musikproduzent, Journalist und Autor.

„Kreative brauchen eine Kulturpolitik, die nicht nur auf dem roten Teppich der Filmpremier stattfindet, eine Medienpolitik, für die das Internet kein „Neuland“ ist, und eine Sozialpolitik, die Solo-Selbständige sichert. Kreative brauchen einen Machtwechsel.“



MARIANNE BUGGENHAGEN ...

...1953 geboren, ist Leichtathletin. Sie gewann insgesamt neun paralympische Goldmedaillen.

„Ich wünsche mir für die Bundestagswahl, dass die Wahlversprechen auch umgesetzt werden. Großen Wert lege ich dabei auf die Bildung, Gesundheit (dazu gehört auch die Pflege) und die Versprechen im sozialen Bereich.“



KLAUS HOFFMANN ...



LEA ROSH ...

...1936 geboren, Fernsehjournalistin, Autorin und Publizistin.

„Meine Wünsche an eine neue Bundesregierung sind sehr einfach und sehr selbstverständlich: 1. Geldumverteilung von oben nach unten. 2. Ein Mindestlohn von 8,50 Euro. 3. Eine scharfe Mietpreisbindung. 4. Für Frauen natürlich: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, was wir seit Jahrzehnten fordern! 4. Endlich gerechtere Renten. 5. Weg mit dem Betreuungsgeld, dafür kostenfreie Kita-Plätze für alle Kinder, vor allem für die sozial Benachteiligten.“



DORO ZINKE ...

...1954 geboren, Vorsitzende des DGB Bezirks Berlin-Brandenburg.



FELIX HUBY ...

...1951 in Berlin geboren, ist Sänger, Schauspieler, Autor und Liedermacher.

„Ich wünsche mir Querdenker unter den Gewählten,



MICHAEL SOMMER ...

...1952 geboren, seit 2002 Bundesvorsitzender

STIMMEN ZUR BUNDESTAGSWAHL



„Das größte Risiko für die Demokratie sind Menschen, die nicht wählen gehen, weil sie glauben, dass man sowieso nichts ändern kann. Es ist gut, wenn Sozialdemokratinnen und -demokraten an der Regierung beweisen, dass man sehr wohl was ändern kann, dass es einen Unterschied ausmacht, wer die Regierung stellt.“

Dabei sind nicht Worte gefragt, sondern Taten.“

...1938 geboren, Schriftsteller, Drehbuchautor (Tatort) und Journalist.

„Nach der Wahl am 22. September erhoffe ich mir Weichenstellungen statt Wahlgeschenke. Vor allem in der Bildungs- und in der Gesundheitspolitik. Ich wünsche mir eine Regierung, die nicht mehr ihr Mäntelchen in den Wind

nicht große-Worte-Macher. Eine gerechte Sozialpolitik, nicht nur Beruhigungstropfen für einige und Hartz IV für die anderen.“

...1948 geboren, Historiker mit dem Fachgebiet Neuere Deutsche und Europäische Geschichte, veröffentlicht im Oktober das Buch „Mit anderen Augen“ über seinen Vater Willy Brandt.

„Ich möchte, dass meine Enkel in einem auch innerlich geeinten Deutschland aufwachsen, das als Teil eines Vereinten Europa zum allgemeinen Frieden, zum Schutz der natürlichen Umwelt und zur gerechten Verteilung der Reichtümer unserer Erde beiträgt. Sie

des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

„Wir brauchen sofort einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, und es muss endlich Schluss sein mit dem Missbrauch von Leiharbeit und Werksverträgen.“



LUCI VAN ORG ...

...1971 in Tempelhof geboren, ist Moderatorin, Schauspielerin, Schriftstellerin, Sängerin, Regisseurin und Drehbuchautorin.

hängt wie Frau Merkel, und die unseren europäischen Freunden wirklich hilft, die einen Mindestlohn durchsetzt und Schwachsinnsideen wie das Betreuungsgeld kippt. Ich wünsche mir Geld für Schulen, Straßen, Schifffahrtswege, Schienen und Energieleitungen. Ich wünsche mir, dass ich nicht nachts im Krankenhaus im Sterben liege und niemand bei mir ist wegen des Pflegenotstands. Ich habe eine ziemlich teure Wette laufen, dass Frau Merkel nach dem 22. September nicht mehr Kanzlerin sein wird, und ich wünsche mir sehr, dass ich diese Wette gewinne.“



PROF. DR. PETER BRANDT ...

sollen in einer solidarischen Gesellschaft der Freien und Gleichen leben, in der die Entfaltung der Individua-



ÖZGÜR ÖZATA ...

...1977 geboren, war Schauspieler und arbeitet heute als Autor und Literaturagent. Seit Februar 2012 ist er Herausgeber des monatlich erscheinenden Nachrichtenmagazins „Berlinterk“.

„Ich wünsche mir, dass alle Parteien zusammen gegen den institutionellen Rassismus vorgehen. Anstatt das Trennende zu betonen, muss auf Gemeinsamkeiten gebaut werden. In einer modernen Gesellschaft dürfen Farbe und Religion keine Rolle mehr spielen.“

Früher Sängerin der Band Lucilectric, hat sie 2013 ihren Debüt-Roman „Frau Hölle“ veröffentlicht.

„Ich wünsche mir von den zur Wahl antretenden Politikern und Parteien Ehrlichkeit, Respekt vor der Lebensleistung aller Bürger und echte Lösungsvorschläge statt eines Wahlkampfes, der unterschiedliche Gesellschaftsschichten gegeneinander aufhetzt. Ich wünsche mir Politiker, die die Verletzung von Bürgerrechten im Internet ernst nehmen - anstatt sie entweder als wahnhaft abzutun oder sie für Wahlkampfreden auszuschlachten, während sie gleichzeitig auf Kuschkurs mit den Verantwortlichen gehen.“

Ich wünsche mir Politiker, die selbst aus gesundem Menschenverstand heraus überlegen, wie man den Problemen dieser Zeit begegnen kann, anstatt vermeintlichen Stammwählern Geschenke zu versprechen. Man sagt ja, Wünsche werden wahr, wenn man nur stark genug an ihre Erfüllung glaubt. Muss da ganz offensichtlich noch ein bisschen an mir arbeiten ...“

lität aller und die Gemeinschaftlichkeit gleich groß geschrieben werden. Jahrzehntlang hat es eine Vorherrschaft des globalisierten Finanzmarktkapitalismus und der neoliberalen Ideologie gegeben. Jetzt sollte die Entwicklung der sozialen Teilhabe und - damit verbunden - der politischen Teilnahme zum Vorteil nicht nur einer Partei, sondern auch des gesellschaftlichen Zusammenhalts einmal wieder im Sinne von „Mehr Soziale Demokratie wagen“ nach oben zeigen.“



KATIA SAALFRANK ...

...1971 geboren, Diplom-Pädagogin (u.a. 2004 bis 2011 im RTL-Format „Die Super Nanny“) und Musiktherapeutin.

„Heute brauchen wir dringend eine moderne und zukunftsfähige Familienpolitik, die den Bedürfnissen von Eltern nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf genauso gerecht wird wie dem Recht der Kinder auf's Kindsein und qualitative Betreuung und Bildung.“

Wir brauchen ein Zukunftsbündnis für Familie und keine Kinder-Küchen-Kirche-Herdprämie. Dafür stehen Peer Steinbrück und die SPD.“



GAYLE TUFTS ...

...1960 geboren, ist Entertainerin und lebt seit 1991 in Berlin.

„Ich weiß sehr genau, wie einsam und frustrierend es sein kann, wenn man die deutsche Sprache nicht beherrscht. Deshalb ist Bildung so wichtig: Kitaplätze für ALLE! Gut ausgestattete Schulen. Eine gute Ausbildung und viel Unterstützung für KindergärtnerInnen und LehrerInnen. Und eine gute Bezahlung. Das kostet und ist eine Investition in die Zukunft. Eine Investition in weniger Frustration und weniger Sprachlosigkeit.“

Fotos | Tim Renner: Martin Becker, Luci van Org: Victor Hildebrand • Gayle Tufts: Tom Wagner • Marianne Buggenhagen: bsberlin/reinhardt tank • Michael Sommer: DGB • Doro Zinke: DGB Berlin-Brandenburg • Klaus Hoffmann: Jim Rakete • Katia Saalfrank, Felix Huby, Peter Brandt, Özgür Özata und Lea Rosh: privat • Reichstag: U. Horb

So bleibt Wohnen bezahlbar

Bußgelder gegen überhöhte Mieten - Mehr Neubau - Landesunternehmen kauften 14.000 Wohnungen

Berlin hat steigenden Mieten den Kampf angesagt. Etliche Maßnahmen zeigen bereits erste Wirkung, auch der Neubau kommt in Fahrt. Einige Regelungen können aber nur auf Bundesebene getroffen werden.

Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften üben nicht nur Zurückhaltung bei Mieterhöhungen, sie bauen auch wieder. „Jetzt schon sind rund 5000 neue Wohnungen in 64 Neubauprojekten geplant“, berichtet Stadtentwicklungssenator Michael Müller. „Gleichzeitig haben die Gesellschaften bereits 14.000 Wohnungen gekauft und damit den stabilisierenden landeseigenen Wohnungsbestand deutlich erhöht.“

Mieterinnen und Mieter die den Verdacht haben, dass sie



Wohnen soll bezahlbar bleiben. Die von vielen geforderte Mietbremse bei Neuvermietungen kann aber nur auf Bundesebene durchgesetzt werden. Foto: Horb

eine überhöhte Miete zahlen, können dies beim Bezirksamt melden. Müller: „Unangemessen kann eine Miete sein, wenn sie die üblichen Mieten vergleichbarer Wohnungen in

Berlin um mehr als 20% übersteigt und der Vermieter zusätzlich ein geringes Angebot an vergleichbaren Wohnungen ausgenutzt hat.“ Welche Mieten in Berlin ortsüblich sind,

zeigt der Mietspiegel. Der Bezirk kann dann gegen den Vermieter in diesen konkreten Fällen vorgehen und empfindliche Bußgelder verhängen.

Per Gesetz soll die Zweckent-

fremdung von Wohnraum verhindert werden. Neue Geschäfte mit Ferienwohnungen wird es dann nicht mehr geben.

Aber das Mietrecht wird auf Bundesebene entschieden. Hier ist die bisherige schwarzgelbe Regierungsmehrheit weit hinter den Forderungen der Opposition und der Mieterverbände zurückgeblieben. Vor allem die Mietbremse bei Neuvermietung fehlt. Die möchte die SPD nun nach der Bundestagswahl einführen: Künftig sollen bei Neuverträgen die Mieten nur 10 Prozent über der Vergleichsmiete liegen dürfen. Das Gleiche gilt für Mieterhöhungen im Bestand: Maximal 15 Prozent in 4 Jahren sollen künftig erlaubt sein. Und Maklergebühren soll dann nur noch der zahlen, der den Auftrag erteilt hat. U.H.

SERVICE: BUNDESTAGSWAHL 22. SEPTEMBER

BRIEFWAHL

Bis zum 1. September haben alle Berlinerinnen und Berliner ihre Wahlbenachrichtigung erhalten. Fehlt die Karte, hilft das Bezirkswahlamt bei der Klärung weiter. Wer am Wahlsonntag, dem 22. September, zwischen 8 und 18 Uhr sein Wahllokal nicht aufsuchen kann, kann Briefwahl beantragen. Hinweise dazu gibt es auf der Benachrichtigungskarte oder beim Bezirkswahlamt im Rathaus.

ZWEI STIMMEN

Es gibt zwei Stimmzettel, auf denen jeweils ein Kreuz gemacht werden darf. Mit der Erststimme wird der Kandidat oder die Kandidatin im Wahlkreis als Person gewählt. Berlin hat zwölf Wahlkreise, die bis auf wenige

Ausnahmen den Bezirken entsprechen. Die Hälfte der Bundestagsmandate wird auf diese Weise direkt vergeben. Über die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag - und damit über Koalitionsmöglichkeiten und Kanzler - entscheidet die Zweitstimme. Sie wird für eine Partei und deren Landesliste abgegeben und bestimmt das eigentliche Kräfteverhältnis.

ZUR WAHL GEHEN

Wahlberechtigt ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit hat und über 18 Jahre alt ist. Wählerinnen und Wähler müssen im Wahllokal einen gültigen amtlichen Ausweis mit Bild (Personalausweis, Reisepass, Führerschein oder Schwerbehindertenausweis) vorlegen.

Bildung tut gut

Berlin investiert weiter in Kitas und Schulen

Der Ausbau von Kitas und Schulen wird fortgesetzt. Jedes Jahr stellt Berlin mehr als eine Milliarde Euro für frühkindliche Bildung bereit. Auch in die Schulen wird weiter investiert.

In den letzten Jahren ist die Zahl der Berliner Kinder, die eine Kita besuchen, um 10.000 gestiegen. 20 Millionen Euro hat das Land Berlin 2012 und 2013 für den Ausbau von Kita-Plätzen bereitgestellt. Die Zahl der Stellen für Erzieherinnen und Erzieher ist in diesem Jahr um 200 gestiegen. Als im August das Recht auf einen Kita-Platz in Kraft trat, besuchten in Berlin bereits über 44 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren eine Kita - andere Bundesländer streben gerade erst 35 Prozent an.



Viel erreicht für Berlins Schulen: Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD). Foto: Schulenberg

Die Zahl der Stellen für Lehrerinnen und Lehrer ist von 26.212 auf 26.480 gestiegen. In diesem Schuljahr bildet Berlin zudem wieder 2.200 Referendare aus. Alle 362 Grundschulen, alle 118 Integrierten Sekundarschulen (ISS) und Ge-

meinschaftsschulen und über ein Dutzend Gymnasien bieten inzwischen den Ganztagsbetrieb an. Mit Investitionen in die Sanierung und die Schaffung neuer Schulräume bereitet sich Berlin zudem auf steigende Schülerzahlen vor. U.H.

Klimawandel: Zunahme an extremen Temperaturen

Berliner Forscher untersuchen die Folgen von Hitzestress und zeigen Handlungsmöglichkeiten auf

Nach einem langen kalten Winter und einem kühlen Frühjahr ist die Sehnsucht nach Sonne naheliegend. Aber ein Mehr an Hitzetagen in Berlin hat Schattenseiten. Die Folgen von Hitzestress untersuchen Klimatologen, Stadtgeografen, Mediziner, Bauphysiker sowie Stadtplaner und Sozialwissenschaftler vor dem Hintergrund des Klimawandels.

„Der Hitzesommer 2003 hat in Europa etwa 70.000 Menschenleben gefordert, die drittgrößte Naturkatastrophe in Europa seit 500 Jahren“, sagt Professor Dieter Scherer, Klimatologe an der TU Berlin und Leiter der Forschungsgruppe. „In den Nachtstunden haben wir im Sommer im Berliner Umland bis zu zehn Grad niedrigere Temperaturen als in der Innenstadt“, weiß der TU-Pro-

fessor. Hitzestress in Großstädten folgert er aus Effekten unzureichender Abkühlung in den Nachtstunden. Daraus resultiert Schlaflosigkeit, gefolgt von Konzentrationsstörungen, die wiederum Unfallrisiken erhöhen und Befindlichkeitsstörungen verstärken sowie Erkrankungen verschlimmern können.

„Nicht der Hitzschlag ist die unmittelbare Folge von Hitzestress, vielmehr ist es ein schleicher Prozess“, betont Scherer. Zu den durch Hitzestress Gefährdeten rechnet er vor allem ältere Menschen. Klimatologisch kein neuer Wirkungszusammenhang, aber im Hinblick auf den Klimawandel von zunehmender Tragweite. „Der Klimawandel ist ein reales Phänomen. Die warmen Wetterlagen werden zunehmen, die langen kalten Winter



Der Hitze entkommen: Brunnen im Lustgarten. Foto: Horb

sind dazu kein Widerspruch. Wir befassen uns mit nachweisbaren Folgen und wollen die Risiken erforschen“, sagt Scherer. Er spricht vorsichtig

von Projektionen und nicht von Prognosen.

Das bis 2018 angelegte Forschungsvorhaben soll Handlungsmöglichkeiten gegen Hit-

zestressrisiken ausloten und auch vor planerischen Fehlentwicklungen warnen. Deshalb spielen neben klimatologischen Aspekten auch demografische und ökonomische Entwicklungen eine Rolle. Neben den vier Universitäten Berlins sind das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung wie auch die Charité beteiligt. Stadtplanung, etwa Begrünung im näheren Wohnumfeld, zählt ebenso zu den zentralen Handlungsoptionen wie intelligente Gebäudeklimatisierung. Berlin als grünste Großstadt Europas habe eine günstige Ausgangslage, meint Dieter Scherer. Aber er sieht da auch deutliche Unterschiede in den Wohnquartieren der Stadt. Für die Stadtplaner dürften aus den zu erwartenden Forschungsergebnissen weitreichende Empfehlungen abzuleiten sein. „Das

NOTIZEN

UND BERLIN WÄCHST DOCH

Auch wenn die Ergebnisse des Mikrozensus etwas anderes sagen: Berlin wächst, allein im letzten Jahr um 50.000 Menschen. „Das entspricht der Größe der bayerischen Stadt Passau“, so Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit. „Die dynamische Wirtschaft zieht Menschen aus dem In- und Ausland zum Leben und Arbeiten nach Berlin – gleichzeitig bietet Berlin eine ausgezeichnete Betreuungsinfrastruktur.“ Beim Mikrozensus waren in Berlin 3.292.365 Personen ermittelt worden, 179.391 weniger als angenommen.

ORGANSPENDE

Mit einer „Berliner Erklärung Organspende“ wollen die Unterzeichner für mehr Bereitschaft zu Organspenden werben und zugleich dafür sorgen, dass die Organspende und -transplantation in Berlin und darüber hinaus auch in Deutschland insgesamt transparenter und vertrauenswürdiger gemacht werden. Zu den Erstunterzeichnern gehört der Berliner SPD-Abgeordnete Thomas Isenberg: „Klare Leitplanken des Patientenschutzes müssen das Vertrauen in die Organtransplantation stärken, Anreize zum Missbrauch beseitigen und Kontrollen verbessern. Andererseits: Wer als Patient im Falle eines Falles Organe gespendet haben möchte, sollte sich überlegen, auch selber solidarisch zu sein und Organspender zu werden.“

Der Herbst bietet reichlich Ernte

In den nächsten Wochen ist viel los – in der Kultur, auf Bauernhöfen und in brandenburgischen Weinbergen

Der Herbst steht vor der Tür, und es gibt reichlich Ernte – ob auf den Feldern rund um die Stadt oder in den Kulturstätten mittendrin. Nach dem erfolgreichen Start 2012 geht die „Berlin Art Week“ am 17. September in die zweite Runde. Verschiedene Kunst-Institutionen haben sich gemeinsam mit den Senatsverwaltungen für Wirtschaft und Kultur auf die neue Dachmarke verständigt.

Sommer, Sonne, Wasser: Das Berlins Kulturstaatssekretär André Schmitz sieht die Berlin Art Week auf dem besten Weg, sich einen festen Platz im nationalen und internationalen Kulturkalender zu sichern. So wird sich wieder die Kunst Berlins in einer Woche präsentieren. Das verspricht, das Kunstereignis des Herbstes zu werden. Im Internet: www.berlinartweek.de.

Im Berliner Dom gibt es auch dieses Jahr (17. bis 27. Oktober) die Jedermann-Festspiele. Die Regie führt bei Hugo von Hofmannsthal „Spiel vom Sterben des reichen



Weinfest in Guben.

Foto: PR

Mannes“ erneut Brigitte Grothum. Der leuchtende Kontrast zum düsteren Bühnenspiel ist das traditionelle „Festival of Lights“, das vom 9. bis 20. Oktober wichtige Gebäude der Stadt in buntes Licht taucht.

Wenn die Straße des 17.

Juni mal wieder für ein paar Tage dicht ist, dann ist das kein Grund zum Ärgern. Denn rund um den Tag der Deutschen Einheit wird – das ist sich Berlin schuldig – wieder gefeiert. Vom 3. bis 6. Oktober. Bereits am 29. September star-

tet dort der Berlin-Marathon.

Am Wahltag, dem 22. September, präsentiert sich auf dem Potsdamer Platz die brandenburgische Landwirtschaft beim Bio-Hoffest, verbunden mit dem Fest zum Weltkindertag. Das signali-

siert zugleich: Es beginnt die Zeit der Erntefeste. Wer in Berlin bleiben will, erntet am 22. September beim Kartoffelfest auf der Domäne Dahlem seine Erdäpfel selbst. Oder er fährt mit seinen Kindern am 6. Oktober zum Vierfelderhof in Gatow – Groß-Glienicker Weg 30, Bus X34 bis Alt-Gatow.

Auf der Domäne Dahlem heißt es an diesem Tag: Mit Großvater Kartoffeln ernten, und am 12./13. Oktober ist Erntefest.

Für Weinfreunde gehört zum Herbst der Federweiße mit Zwiebelkuchen. Da muss man nicht mehr an Mosel oder Rhein fahren, denn Brandenburg mausert sich gerade zum Weinland. Zum Beispiel Bestensee, wenige Autobahnausfahrten Richtung Cottbus.

Auf dem Mühlenberg wird am 21. September ab 14 Uhr der junge Wein aus der ersten Ernte des 2011 angelegten Weinbergs gefeiert.

Eine Woche später das gleiche in Grano bei Guben. Hier ist nicht nur ein Weinberg, sondern ein richtiges Weinbauzentrum entstanden. Von Mitte September bis Oktober kann man fast täglich Federweißen und gleich nebenan in Werder roten Krausen, direkt im Wachtelberg genießen. Es gibt aber noch einen Geheimtipp: Das auf der anderen Seite der Havel auf der Insel Töplitz gelegene Weingut Klosterhof, ein Biobetrieb, der täglich zu Zwiebelkuchen und Federweißem lädt. Am 28. September kann man ab 10 Uhr bei der Weinernte mitmachen. U. R.

Das vergessene KZ

Gedenkstätte Deutscher Widerstand zeigt Ausstellung zum Columbia-Haus

AUSSTELLUNGSTIPP

Zweimal täglich pendelte ein Gefangenentransport zwischen dem Gestapo-Hauptquartier in der Prinz-Albrecht-Straße und dem Tempelhofer Feld und brachte Nazi-Gegner von einem Peiniger zum anderen. Mitten in Berlin befand sich eines der ersten Konzentrationslager des Hitler-Regimes. Eine Sonderausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand erinnert jetzt daran.

Zwischen 1933 und 1936 waren hier völlig rechtlos 8000 Menschen inhaftiert, Folterungen und Misshandlungen ausgesetzt. Wie viele hier den Tod fanden, ist unbekannt. Erst seit 1994 erinnert ein Denkmal an der Ecke Columbiadamm/Golßener Straße an den Ort des Grauens, allerdings auf der falschen Straßenseite. Ab Sommer 1933 nutzt die Gestapo die 1896 am Rande des Tempelhofer Feldes errichtete Militärstrafanstalt als Gefängnis für Nazi-Gegner. Der rote Backstein-Zellenblock, einst für rund 150 Gefangene errichtet, ist bereits nach wenigen Monaten mit mehr als 450 Gefangenen

überfüllt. Zu ihnen zählen der Jugendpfleger und spätere Berliner SPD-Vorsitzende Franz Neumann, der Gewerkschafter Hans Böckler, der Jurist und Publizist Kurt Hiller und der Kabarettist Werner Finck. Die Ausstellung zeigt an zahlreichen Porträts einen breiten Querschnitt der hier Inhaftierten. Es sind unter anderem Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Geistliche, Juden wie auch Homosexuelle. Anfang 1935 bekommt die Haftanstalt den offiziellen Titel „Konzentrationslager Columbia-Haus“ und wird der SS unterstellt. Mit dem Ausbau des Flughafens Tempelhof kommt Ende 1936 der Schlusspunkt für das KZ Columbia-Haus. Es wird 1938 abgerissen. Bis auf einen Wachmann bleiben die Peiniger des KZ nach 1945 unbehelligt. Kein Ruhmesblatt für die Justiz. G. L.

■ **Ausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der Stauffenbergstraße, bis 11. Oktober 2013.**

■ **Öffnungszeiten: Mo – Mi, Fr 9 – 18, Do 9 – 20, Sa und So 10 – 18 Uhr**

Gekommen und geblieben

Christina Rau entdeckt ihr „privates Berlin“

„Genau das finde ich so toll an dieser Stadt: dass es hier so viele verschiedene Möglichkeiten und interessante Gegensätze gibt.“ Christina Rau hat in diesem Sommer ein neues Puzzle-Stück gefunden, das ganz prima in dieses Berlin-Bild passt: Der „Prater“ am Prenzlauer Berg hat es ihr angetan.

„So ein riesiger Biergarten mitten in Berlin mit fröhlicher, ausgelassener Stimmung und so vielen jungen Leuten – schön ist das.“

Als „First Lady“ während der Amtszeit von Bundespräsident Johannes Rau hat sie die Hauptstadt vor allem „dienstlich“ kennengelernt und war viel auf Reisen.

Jetzt erkundet sie – „quer durch die Stadt“ - ihr privates Berlin und fühlt sich in Zehlendorf zuhause.

Denn: „Heimat ist da, wo der Lebensmittelpunkt, die Familie ist“, hat der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau gesagt, als er 1998 zum Bundespräsidenten gewählt wurde und die Familie an den neuen Dienstsitz umzog. Und anders als die Bundestags-Abgeordneten, die zwar in den parlamentarischen Sitzungswochen hier wohnen, dann aber immer wieder die Koffer packen, um zurück in ihre Wahlkreise zu fahren - sind sie geblieben.



Engagiert in Berlin: Christina Rau beim Welttag gegen ausbeuterische Kinderarbeit 2013.

Foto: Kindernothilfe (Angelika Böhling/Christian Herrmann)

Weil für die Kinder, die beim Umzug 12, 14 und 15 Jahre alt waren, „nachhause kommen“ nun Berlin und nicht mehr Wuppertal heißt. Weil Johannes Rau ein Ehrengrab auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof hat, aber auch, weil die ausgewiesene Politologin Christina Rau in Berlin nach wie vor

viele Aufgaben stemmt, z.B. für die Kindernothilfe, die Johannes-Rau-Gesellschaft oder das Deutsch-Israelische Zukunftsforum.

In der „Stiftung Zukunft Berlin“ setzt sie sich als Schirmherrin des „Campus Rütli“ dafür ein, dass aus einer Schule mit schlechtem Ruf ein Bildungsprojekt mit

guten Aussichten auf neue Chancen wird. Sie radelt gerne zu ihren Terminen, erzählt Christina Rau. „17 Kilometer hin, 17 Kilometer zurück. Ich genieße das sehr, weil es mir einen besonderen Blick auf die Stadt erlaubt.“ Und – siehe oben – auch so manche Entdeckung.

U. W.



Denkmal am Columbiadamm.

Foto: Horb

Gut zu wissen

Miete, Meinungsfreiheit, Ausbildungsbeginn, TV-Empfang



Satellitenschüsseln sind ab 2015 auch für den RTL-Empfang nötig.

Foto: Horb

Mieterhöhung. Mieterhöhungen, die innerhalb des ersten Jahres nach Vertragsabschluss eintreffen, sind unwirksam, wenn der Vermieter die Gründe für die Erhöhung bereits beim Vertragsabschluss kannte. Er verstoße

dann gegen die Verpflichtung zu Transparenz und Rücksichtnahme, urteilte das Amtsgericht Wedding.

Meinungsfreiheit. Die Abmahnung eines Vermieters gegen eine Mieterin in Prenzlauer Berg, die anlässlich eines

Aktionstags 2012 kurzzeitig an ihrem Balkon ein politisches Plakat aufgehängt hatte, ist vom Amtsgericht Mitte zurückgewiesen worden.

Ihr Plakat trug die Aufschrift „Erst wenn die letzte Eigentumswohnung gebaut,

der letzte Club abgerissen, der letzte Freiraum zerstört ist, werdet ihr feststellen, dass der Prenzlauer Berg das Kaff geworden ist, aus dem ihr einst geflohen seid.“ Zwar ist die Mieterin durch eine Eigenbedarfskündigung des Vermieters selbst Betroffene, sie habe aber ausdrücklich nicht die Person angegriffen, sondern die gesellschaftliche Entwicklung kritisiert. Dies müsse der Vermieter dulden.

TV-Empfang. Die Privatsender der RTL-Gruppe RTL, RTL 2, Super RTL und Vox verabschieden sich zum Ende des Jahres 2014 aus dem frei empfangbaren Antennenfernsehen DVB-T, das gut ein Fünftel der Berlinerinnen und Berliner nutzt. Ab 2015 werden diese Sender nur noch über Satellit, digitales Kabel oder Internet zu empfangen sein. Beim Kabelempfang fallen monatliche Gebühren von rund 20 Euro an, beim Internetfernsehen per DSL (Anbieter u.a. Telekom und Vodafone) rund 40 Euro. Die beim Satellitenempfang (einmalige Kosten für die Geräte rund 100 Euro) notwendige Schüssel kann und darf nicht überall angebracht werden. Statt

RTL werden in Berlin künftig voraussichtlich weitere Sender der Pro7-Sat1-Gruppe per Antenne empfangbar sein.

Ausbildung und Rente. Für alle, die jetzt eine Berufsausbildung anfangen, beginnt zugleich die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Beiträge werden jeweils zur Hälfte vom Arbeitgeber und vom Auszubildenden getragen. Der Arbeitgeber zieht diese Beiträge vom Lohn ab und führt sie an die Versicherung ab.

Bei geringen Ausbildungsvergütungen bis 325 EUR monatlich zahlt der Arbeitgeber die Beiträge allein. Durch die Beitragszahlungen werden Entgeltpunkte erworben, die die Grundlage für die Berechnung der späteren Rentenhöhe bilden. Außerdem werden die Monate mit Beiträgen bei der Ermittlung der Wartezeit berücksichtigt. Die Wartezeit entspricht einer Mindestversicherungszeit, die für den Anspruch auf Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt sein muss. Berufseinsteiger, die wegen eines Arbeitsunfalls nicht mehr erwerbstätig sein können, brauchen nicht zu warten.

Teilzeitausbildung. Damit junge Eltern einen qualifizierten Berufsabschluss erlangen können, ist auch in der Berufsausbildung Teilzeit möglich. Bei diesem Ausbildungsmodell, das in allen dualen Ausbildungsberufen möglich ist, wird die wöchentliche Arbeitszeit im Betrieb in der Regel auf 75 % verkürzt, die Berufsschule besuchen die Auszubildenden in Vollzeit. Weitere Informationen unter www.jobstarter.de/ausbildung-in-teilzeit

Pflegekosten. Kinder müssen nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe ihre Ersparnisse nicht auflösen, um pflegebedürftige Eltern zu unterstützen. In einer Grundsatzentscheidung wurde jetzt festgestellt, dass eine selbst bewohnte Eigentumswohnung der Kinder nicht zum anrechenbaren Vermögen gezählt werden darf. Zudem bleiben Ersparnisse und Lebensversicherungen als eigene Altersvorsorge der Kinder unangetastet, wenn sie 5 % des Bruttogehalts pro Berufsjahr nicht übersteigen. Beim monatlichen Einkommen gilt ein Freibetrag von 1.600 Euro.

Berliner Preisrätsel

ZU GEWINNEN: 3 Jahreskarten für die Staatlichen Museen zu Berlin

WAAGERECHT

- 1 Bedienfläche
- 5 Stimmlage mit eigener Taste auf PC-Tastaturen
- 7 griechischer Gott
- 10 Mahlzeit fürs Vieh
- 11 Auftakt am Dirigentenpult
- 14 mit Barrieren versehen
- 16 kabelloses Internet
- 17 Verdopplung des Skatrisikos
- 18 den Geiern zum Fraß
- 20 Soest (Kfz-Kennzeichen)
- 21 im Übrigen das Übrige
- 22 Nummer für Ratlose

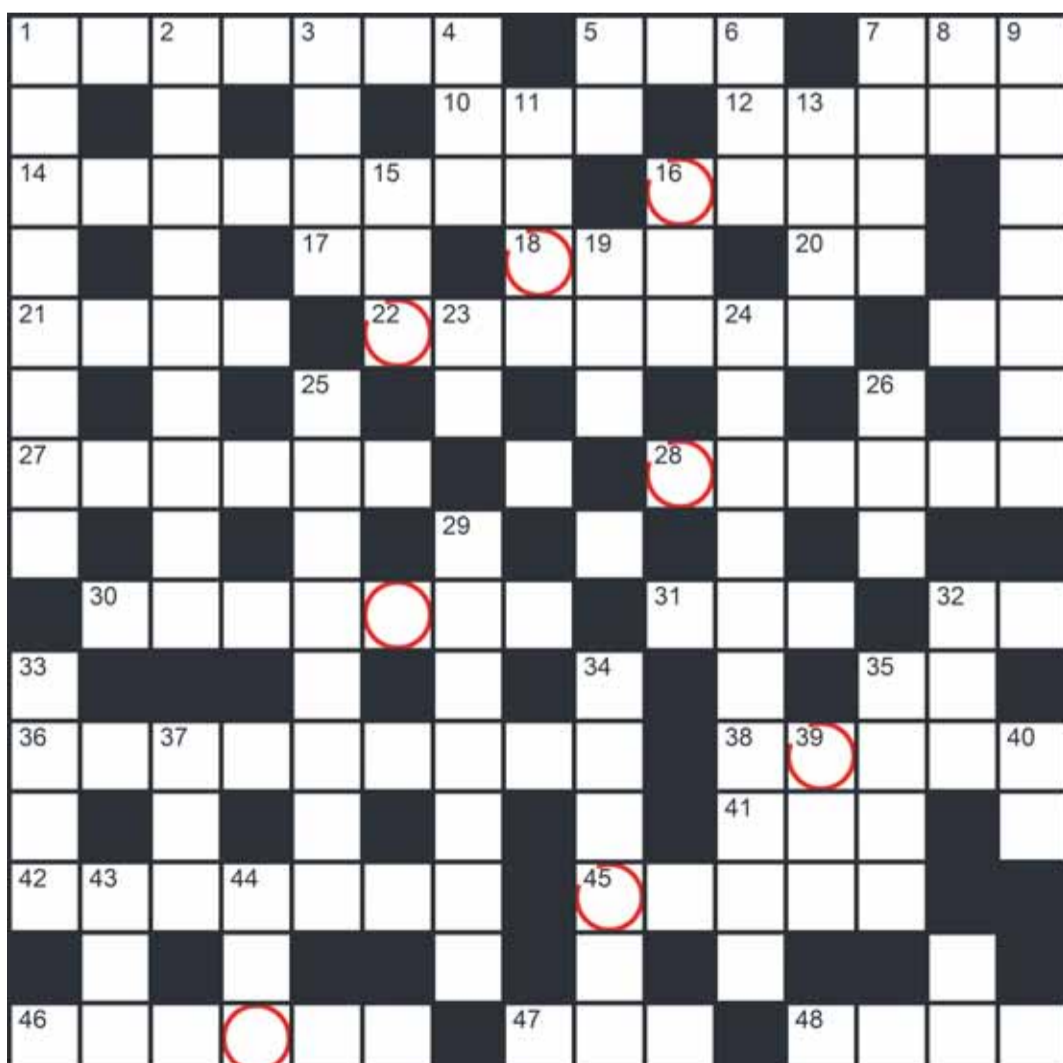
- 25 Nummer (Abk.)
- 28 portugiesische Inselgruppe mit eigenem Hoch
- 29 Kriechtier mit Schuppenkamm
- 31 Sanitärerjob
- 32 wenn Ehre, dann unbezahlt
- 33 Kleidungsstück für Damen
- 36 breitet sich in der gleichnamigen Ebene aus
- 37 wird am 22. September neu gewählt
- 39 Riesengedöhns
- 42 sie folgt oft aus Frage 40 senkrecht
- 43 Destilliergefäß

- 46 Los ohne Gewinn
- 48 Berliner Bundestagskandidatin
- 49 Adler für Klassiker
- 50 Berliner Bundestagskandidatin (Umlaut = 1 Buchstabe)

SENKRECHT

- 1 Grauhai mit Sauglöchern
- 2 Grundlagenbereich
- 3 Fundstücke im Hühnerstall
- 4 quarz- oder unruhigesteuert
- 5 Flussniederung
- 6 zwischen den Bergen

- 7 dorthin gehen 7 Millionen Menschen einmal im Monat
- 8 im Ärmel illegal
- 9 Koalitionsvariante (Umlaut = 1 Buchstabe)
- 11 Staatsknete
- 13 Wasser rein, Blumen schön
- 15 kleiner Hirsch
- 16 Denkfabrik der DGB-Gewerkschaften
- 19 Bergweide
- 23 Strom in Westsibirien
- 24 Gewindefreie Verbindungstechnik
- 26 Ozean
- 27 bayerischer Junge
- 30 aufwärts geht's
- 33 chemisches Element
- 34 herrschaftliches Verhältniswort
- 35 ostafrikanischer Binnenstaat
- 36 Marlon Brandos größte Rolle
- 38 längliche, winklige Vertiefung
- 40 Tipp vom Kenner
- 41 Abk. f. Arbeitnehmer
- 44 baskische Separatistenbrigaden
- 45 Schillers Freudenlyrik, Beethovens Hymne
- 47 Aktiengesellschaft



Bilderrätsel

AN WEN ERINNERT DIESES DENKMAL?

Es steht am Rande eines vielbefahrenen Platzes und erinnert an dessen Namensgeber, der im September vor sechzig Jahren verstorben ist. Beim Anblick des Denkmals fällt dem Betrachter der Satz des französischen Politikers Jean Jaurès wieder ein: „**Einer Tradition treu zu sein, heißt der Flamme treu zu sein und nicht der Asche.**“ An wen erinnern **Denkmal und Platz?**

Das Berliner Stadtblatt verlost unter den richtigen

Einsendungen zum Bilderrätsel fünf mal zwei Kombieintrittskarten für die beiden Ausstellungen „**Die Mauer – das asi Panorama zum geteilten Berlin**“ und die Ausstellung „**BlackBox Kälter Krieg**“, die beide bis zum Frühjahr 2014 am Checkpoint-Charlie zu sehen sind.

Einsendeschluss ist der 23. September 2013 (per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstraße 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de).

RÄTSEL-LÖSUNGEN UNSERER AUSGABE JUNI 2013

Lösung des Kreuzworträtsels: **SONNENBRAND.** Bilderrätsel: Der Ausschnitt zeigte einen Teil des **MAHNMALS FÜR DIE OPFER DES ARBEITERAUFRUHS VOM 17. JUNI**

an der Wilhelmstraße. Die Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt. Wir danken allen Leserinnen und Lesern für die Einsendungen.

Mit Herz für den Bezirk

Täglich vor Ort: Mit Eva Högl unterwegs im Wahlkreis - Fortsetzung von Seite 1

NSU und Rechtsextremismus sind für die 44-jährige jedoch nur ein Aspekt ihrer engagierten Arbeit im Deutschen Bundestag. Ein gewöhnlicher Arbeitstag von Eva Högl ist immer voll gespickt mit Terminen in ihrem Wahlkreis Berlin-Mitte.

Eine Diskussion mit Schülerinnen und Schülern des Lessing-Gymnasiums im Wedding über Jugendarbeitslosigkeit in Europa am Vormittag; ein Besuch des Elisabeth-Seniorenzentrums Weinbergsweg zum Thema Ehrenamt in der Pflege am Mittag; eine Tour mit dem roten Sofa durch den Sprengelkiez am Nachmittag; von dort mit dem Fahrrad zu einer Podiumsdiskussion im Moabiter Ratschlag zu steigenden Mieten am Abend. Sie ist täglich direkt vor Ort mit den Menschen in Mitte in Kontakt und hat für ihre Sorgen und Nöte immer ein offenes Ohr.

Für die 2009 direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für Berlin-Mitte ist das eine Selbstverständlichkeit. Denn sie

nimmt ihre Aufgabe als Volksvertreterin beim Wort: „Ich gebe meine ganze Kraft, Engagement und Zeit für meine Aufgabe als Vertreterin der Bürgerinnen und Bürger von Berlin-Mitte im Bundestag.“

Bei ihren zahlreichen Aktivitäten im Wahlkreis und ihrer Arbeit im Bundestag merkt man, dass Eva Högl eine überzeugte Sozialdemokratin ist. Bereits 1987 - noch während ihrer Schulzeit - ist sie in die SPD eingetreten. „Für mich ist klar: soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit und faire Löhne - das gibt es nur mit der SPD.“

Mit ihrem ganzen Engagement setzt sie sich dafür ein, dass Berlin-Mitte sozialdemokratisch bleibt. „Mit Herz für Mitte“ ist deswegen auch das Motto ihrer täglichen Arbeit, ob im Bundestag oder vor Ort.

Die gebürtige Osnabrückerin schätzt vor allem die Vielfalt und Besonderheit von Berlin-Mitte. Deswegen lebt sie mittlerweile seit über zehn Jahren gerne im Bezirk und ist kürzlich in den Wedding umgezo-



Eva Högl kandidiert erneut als Bundestagsabgeordnete in Mitte.

gen: „Das Zusammenleben von Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und kultureller Identität, mit verschiedenen Lebensstilen und Gewohnheiten - das mag ich sehr an Ber-

lin-Mitte. Deswegen fühle ich mich hier sehr wohl.“

Högl studierte Rechtswissenschaften in Osnabrück und dem niederländischen Leiden. Nach ihrer Promotion über eu-

ropäisches Arbeits- und Sozialrecht arbeitete sie zunächst zehn Jahre lang im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, ehe sie 2009 in den Deutschen Bundestag einzog.

TERMINE

POLITIK VOR ORT

Treffen sie die SPD Friedrichstadt an ihrem Info-stand! Auch Eva Högl, Bundestagsabgeordnete und Kandidatin in Mitte wird dabei sein, um Ihre Fragen zu beantworten und aktuelle Themen zu diskutieren.

Samstag, 31. August 2013, von 10 - 13 Uhr vor dem Lidl Supermarkt in der Leipzigerstraße 45b, 10117 Berlin.

DAS TVDUELL

Peer Steinbrück trifft Angela Merkel. Eva Högl, Bundestagsabgeordnete in Mitte, und Thorsten Lütke, Bezirksverordneter in Mitte, laden herzlich ein zum spannenden gemeinsamen Fernsehabend am 1. September 2013, ab 19 Uhr.

Das Duell der KanzlerkandidatInnen wird gezeigt in der Arminiusmarkthalle, Bugenhagenstraße 19, 10551 Berlin. U-Bahn Linie 9, Turmstraße.

KINDER- UND STADTEILFEST

Die SPD Schillerpark lädt wieder herzlich ein zu ihrem traditionellen Stadteilstfest. Es findet am 7. September 2013, von 14 - 18 Uhr, im Schillerpark, Barfussstraße Ecke Edinburger Straße, statt.

Unter der Schirmherrschaft von Bezirksbürgermeister Christian Hanke werden Speisen, Getränke und Live-Musik der Band „Die Harveys“ geboten. Eine Hüpfburg und verschiedene Spiele sorgen für Unterhaltung der Kleinen.

Begrüßen wird die Gäste Bruni-Wildenhein Lauterbach, Abgeordnete im Bereich Schillerpark. Persönliche Gespräche können auch mit der SPD-Kandidatin für die Bundestagswahl am 22.9., Eva Högl, geführt werden.

IDEEN AUS MITTE

URBANE GARTEN AM LEOPOLDPLATZ ERÖFFNET

Gemüse, produziert mitten im Wedding? Das klingt nach einer verrückten Idee, doch seit Juni werden im interkulturellen Gemeinschaftsgarten Himmelbeet (Ruheplatzstr. 12) Blumen, Kräuter und Gemüse gezogen. Auch zwei Bienenvölker leben jetzt hier.

Die Garten-AktivistInnen führen eine Brachfläche des Bezirks auf unkonventionelle Art wieder einer Nutzung zu. Der ursprünglich geplante Dachgarten auf dem Schillerpark-Center in 22m Höhe befindet sich weiterhin in der Planungsphase.

Der Garten will nicht nur gesunde, regionale Produkte anbieten und über Umwelt-

themen aufklären, vielmehr sieht sich das Projekt als sozialer Treffpunkt, als (Frei-)Raum für Kulturveranstaltungen und als Ort der Entspannung im Grünen, inmitten der Stadt.

Die Integration aller WeddingerInnen ist dabei erklärtes Ziel: Kitas, Jugendliche und lokale Einrichtungen wurden eingebunden. „In einem großen Garten mit Werkstatt und Café findet jeder etwas, was getan werden kann. Alle sind herzlich eingeladen mitzuhelfen“, so Toni Karge, ein Gartenaktivist des Himmelbeets.

MITGÄRTNERN:

Offene Gartenarbeitstage sind Donnerstag 14-18 h und Samstag 11-15 h. Hier kann direkt mitgegärtelt werden.

Die Bauarbeiten beginnen

Neue Mittelpunktbibliothek am Rathaus Wedding

Am 30. Mai 2013 war es endlich soweit: Die Bauarbeiten für die neue Schillerbibliothek haben begonnen. Nach langjährigen Diskussionen entsteht am Weddinger Rathausvorplatz, gegenüber dem Leopoldplatz, ein wichtiger Standort für die Bildungslandschaft unseres Bezirkes.

Dies ist ein Erfolg des langjährigen Einsatzes für die Bibliotheken in Mitte durch die SPD. Gerade die langjährige Bildungsstadträtin von Mitte Dagmar Hänisch hat in ihrer Amtszeit gegen alle Widerstände den Weg bereitet für die neue Mittelpunktbibliothek im Wedding. Diese Bibliothek wird ein Anziehungspunkt vor allem für Kinder und Jugendliche sein, die bisher schon die

stärksten Nutzer der Schillerbibliothek sind. Diese Anziehungskraft wird noch stärker werden, da die Hugo Heimann Jugendbibliothek an den Leopoldplatz umzieht, wenn der Neubau steht.

Wenn die neue Bibliothek wie geplant Anfang 2015 eröffnet, werden 300.000 Besucher pro Jahr erwartet. Sie treffen auch auf einen neugestalteten Rathausvorplatz. Hierzu hat im Juni ein Juryentscheid stattgefunden, in dessen Vorfeld es eine öffentliche Bürgerveranstaltung gab.

Die Mitglieder der Jury konnten also die Meinungen der Bürgerschaft in ihre Entscheidung mit einfließen lassen. Der Entwurf sieht unter anderem den Abriss der so-

genannten „Beamtenlaufbahn“ zwischen dem Rathaus-Alt- und Neubau (jetzt Jobcenter) vor.

Dadurch entsteht eine viel bessere Anbindung an die Genter Straße und die Beuth-Hochschule und ein „Angstraum“ verschwindet. Tatkräftige Unterstützung fanden diese Planungen bei der Stadtteilvertretung Müllerstraße und der Bürgerinitiative Brüsseler Kiez.

Zusammen mit der Umgestaltung des Leopoldplatzes, der im vollen Gange ist, entsteht hier ein zentraler Ort für die Bürgerschaft, ein wichtiger Bestandteil für das öffentliche Leben in unserem Bezirk.

Sascha Schug, stellvertretender Fraktionsvorsitzender

„Für alle bezahlbaren Wohnraum schaffen“

Staatssekretär Ephraim Gothe: Wohnungspolitik für die wachsende Großstadt

Berlin wächst: Die Einwohnerzahl ist in den letzten 3 Jahren um 100.000 gestiegen. Bis 2030 wird ein Zuwachs von 250.000 Menschen erwartet. Berlin ist attraktiv für Zuwanderung aus In- und Ausland, die Lebenserwartung steigt, die Zahl der Kinder nimmt wieder zu. Gleichzeitig hält der Trend zu Singlehaushalten an.

Damit nimmt die Nachfrage nach Wohnungen zu, die Wohnungsfrage stellt sich neu. Die SPD nimmt die Herausforderung an und hat die Wohnungspolitik zu einem Schwerpunkt gemacht! Hierbei steht die soziale Dimension im

Mittelpunkt. Die berühmte Berliner Mischung soll gefördert und bewahrt werden.

Wohnungsneubau für breite Schichten der Bevölkerung ist eine städtische Aufgabe. Insbesondere das Wohnen im Alter zu vertretbaren Bedingungen ist eine Herausforderung, der sich die Stadt stellen muss. Wir wollen eine lebenswerte Stadt für alle. Alleinerziehenden, Erwerbslosen, Studenten und anderen, die sich in prekären Lebenssituationen befinden, gilt unsere Aufmerksamkeit. Die stadträumlichen Entmischungstendenzen nehmen dynamisch zu, die Innere Stadt ist



Staatssekretär Ephraim Gothe beim Baustellenbesuch.

durch einen besonders angespannten Wohnungsmarkt gezeichnet, der Verdrängungsprozesse forciert. Hier gilt es, neben Schutzinstrumenten für den Bestand auch beim Neubau in attraktiven Lagen einen Anteil bezahlbarer Wohnungen zu erreichen.

Mit unserer Bundestagsabgeordneten Eva Högl diskutieren wir öffentlich mit den Bürgerinnen und Bürgern in Mitte das Maßnahmenpaket, das wir auf Senatsebene auf den Weg bringen und was im Bund nach der Bundestagswahl im September im Bundesmietrecht geändert werden muss. Dem

Senat ist es gelungen, innerhalb kurzer Zeit die Wohnungspolitik neu auszurichten: Unsere städtischen Wohnungsgesellschaften haben bereits über 14.000 Wohnungen erworben und steigen nun in den Wohnungsneubau ein. Über ein Mietenbündnis haben wir mit ihnen einen moderaten Mietenanstieg vereinbart, über eine Sozialklausel können Härtefälle abgedeckt und bei der Wiedervermietung darf jede zweite Wohnung nur zur ortsüblichen Vergleichsmiete vermietet werden.

Wir haben mit dem neuen Mietspiegel für Rechtssicher-

heit bei den Bestandsmieten gesorgt und ein Zweckentfremdungsverbotsgesetz ins Parlament eingebracht um insbesondere die 12.000 Ferienwohnungen wieder dem normalen Wohnungsmarkt zuzuführen.

Ab nächstem Jahr werden wir über ein Programm für Sozialen Wohnungsbau preiswerte Wohnungen mit Nettokaltmieten zwischen 6,00 € und 7,50 € fördern und so auch in attraktiven Innenstadtlagen für eine soziale Durchmischung in den Neubauquartieren sorgen. Ephraim Gothe

Anregungen oder Fragen an gothe@berlin.de

Jeder kann in Schwierigkeiten kommen

Eva Högl und Brigitte Zypries besuchten die Schuldnerberatung der Caritas in Mitte

Gemeinsam mit der früheren Bundesjustizministerin Brigitte Zypries besuchte die Spitzenkandidatin der Berliner SPD für die Bundestagswahl, Eva Högl, am 30. Juli 2013 die Caritas Schuldnerberatung in der Großen Hamburger Straße in Berlin-Mitte. Die SPD-Politikerinnen wurden begleitet von dem Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales und Bürgerdienste der Bezirksverordnetenversammlung Mitte, Thorsten Lüthke.

Im Bezirk Mitte, Eva Högl, treten die unterschiedlichen Einkommensverhältnisse der Einwohnerinnen und Einwohner besonders deutlich zu Tage. Mit rund 100.000 Personen erhält ca. ein Drittel der Bevölkerung Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung. Doch nicht nur in Privathaushalten mit geringem Einkommen ist Überschuldung ein Problem.

Auch Besserverdiener geraten häufig in finanzielle Schwierigkeiten. Mit mehr als

13.000 Beratungen pro Jahr in den drei Schuldnerberatungen liegt Mitte an der Spitze der Bezirke.

Eva Högl besuchte nach den Schuldnerberatungen in Tiergarten und in Moabit bereits die dritte Beratungsstelle in ihrem Wahlkreis. „Viele Menschen in meinem Wahlkreis nehmen das niedrigschwellige Angebot an und sind auf die kompetente Hilfe, die sie hier erhalten, angewiesen. Ich werde mich auf jeden Fall auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die Beratungsstellen an allen drei Standorten im Bezirk erhalten bleiben!“

Die sozialdemokratischen Politikerinnen ließen sich aus erster Hand über die praktischen Erfahrungen mit dem neu eingeführten P-Konto informieren, das aus Sicht der Beraterinnen und Berater in einzelnen Teilen Nachbesserungsbedarf aufweist. Diese Anregung nahmen die beiden Juristinnen mit. Weitere Probleme tauchen in der Bera-



Besuch der Schuldnerberatungsstelle der Caritas: Brigitte Zypries, Eva Högl, Caritas-Berater Carlo Wahrmann und der SPD-Bezirksverordnete Thorsten Lüthke.

tungspraxis beim Abschluss von Mobilfunkverträgen auf, von denen oftmals junge Menschen betroffen sind. Auch bei der Kreditvergabe werden häufig Methoden angewandt, bei

denen von vornherein absehbar ist, dass die Menschen in die Schuldenfalle tappen.

Die SPD tritt schon seit Jahren für die Ausweitung des Leistungsspektrums von Schuld-

nerberatungen auf präventive Beratungen ein. Zypries, im Kompetenzteam des SPD-Kanzlerkandidaten Steinbrück zuständig für Verbraucherschutz, und Högl, Mitglied im

Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages, betonten ihre Absicht, die angesprochenen Themen nach den Bundestagswahlen am 22. September mit Nachdruck voranzutreiben.

BERATUNGSSTELLEN

AWO BERLIN

Kreisverband Mitte e.V., Badstraße 33, 13357 Berlin. Tel.: 030 - 49 30 14 0. E-Mail: schuldnerberatung@awo-mitte.de

CARITASVERBAND

Große Hamburger Straße 18-19, 10115 Berlin, Tel.: 030 - 666 33 420, E-Mail: sib.mitte@caritas-berlin.de

FAMILIENVERBAND,

Arminiusstraße 2-4, Eingang Bremer Straße, 10551 Berlin, Tel.: 030 - 65 21 57 140 Email: SIB-Tiergarten@web.de

KOMMENTAR: OFFENER PARK - KEINE UMZÄUNUNG DES TIERGARTENS

von Janina Körper, Bezirksverordnete

Die Infrastruktur an der Straße des 17. Juni soll für Großveranstaltungen verbessert werden, unter anderem sollen feste Strom- und Wasserleitungen verlegt werden und das Sicherheitskonzept wird überarbeitet. Statt wie bislang bei Großveranstaltungen wie der „Fanmeile“ oder „Silvester in Berlin“ Bauzäune aufzustellen, hatte das Bezirksamt nun vorgeschlagen, weite Teile des Tiergartens mit einem festen Zaun zu versehen.

Aus allen Reihen Widerstand gegen einen festen Zaun

Die Pläne des Bezirksamts stießen schnell auf Ablehnung der Abgeordnetenhausfraktionen und auch bei Stadtentwicklungssenator Mi-



chael Müller. In ihrer letzten Sitzung hat nun auch die Bezirksverordnetenversammlung Mitte dem Antrag von SPD und CDU zugestimmt Alternativen zu prüfen. Für Janina Körper, Sprecherin der SPD Fraktion für Grünflächen, ist klar: „Sicherheitsvorkehrungen für Veranstaltungen auf der Straße des 17.

Juni müssen sein. Die Veranstaltungen sind für Berlin von großer Bedeutung und locken jedes Jahr nicht nur Berliner, sondern auch viele Touristen in Berlins Mitte. Einen festen Zaun um große Teile des Tiergartens brauchen wir dafür aber nicht.“

Unzumutbar und viel zu teuer

Der Tiergarten soll offen sein für alle Besucher und das dokumentiert eben auch seine derzeitige Gestaltung ohne Zaun. Darüber hinaus tragen die Kosten für die Bauzäune die Veranstalter von Großveranstaltungen; ein fester Zaun würde aus Geldern der EU, des Bundes und des Landes finanziert werden. Das ist schwer zu vermitteln. Dieses Geld kann wirklich sinnvoller eingesetzt werden.

Suche nach Schutz

Flüchtlinge wohnen auch bei uns in Mitte

Wohin mit den Flüchtlingen? Obwohl die Zahl von Asylantragstellern insgesamt seit Jahren kontinuierlich abnimmt, kommen derzeit wieder mehr Menschen, die Schutz suchen. Sie verlassen ihre Heimat, weil sie dort Krieg, Verfolgung und Unterdrückung ausgesetzt sind. Sie kommen nicht leichtfertig.

Für alle Flüchtlinge müssen Unterkünfte zur Verfügung stehen. In Berlin erledigt dies das Landesamt für Gesundheit und Soziales und die Flüchtlinge werden dann unsere Nachbarn - in allen Berliner Bezirken.

Dann ist es unerträglich, wenn Neonazis in Hellersdorf diese Flüchtlinge für ihr ausländerfeindliches Gedanken-

gut ausnutzen und Vorurteile schüren. Das ist nicht akzeptabel!

Viele Berlinerinnen und Berliner kennen Flucht und Vertreibung aus der eigenen Familiengeschichte. Auch deshalb gibt es in großen Teilen der Zivilgesellschaft die Bereitschaft zu helfen. Es ist das Recht der Flüchtlinge, hier Asyl zu beantragen und für die Zeit der Verfahren in einer vernünftigen Unterkunft zu leben. Die Verfahren sind häufig langwierig und zerren an Nerven und Kräften. Die Rückzugsmöglichkeiten in den Unterkünften sind beschränkt, es gibt wenig Beschäftigung. Umso wichtiger sind Sprachkurse für die Erwachsenen und für die Kinder Schulbesuche, denn so wird In-

tegration möglich und können Kontakte geknüpft werden.

In Mitte befinden sich derzeit Unterkünfte in der Lehrter Straße, am Schöneberger Ufer und in der Chausseestraße, es leben ca. 600 Personen dort. Eine Notunterkunft beherbergt im Moment ca. 260 Menschen in Moabit-Süd.

Eine Steigerung der Kriminalität in der Nachbarschaft gibt es nicht - das wird häufig als Bedenken bei der Schaffung neuer Unterkünfte genannt. Es ist Aufgabe der Politik zu informieren und aufzuklären. Und es ist Aufgabe der Zivilgesellschaft - von uns allen! - Offenheit und Aufnahmebereitschaft zu zeigen für Menschen in Not.

Clarissa de Sielvie, Bezirksverordnete

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg

Gute Chancen für den Erhalt des Atze Musiktheater im Wedding - Spielstätte soll erhalten bleiben

1985 gegründet, zog das Atze Musiktheater vor 10 Jahren in den Wedding Max-Beckmann-Saal an die Amrumer Straße und hat sich über die Bezirks- und Stadtgrenzen hinaus einen exzellenten Ruf als Kindertheater und theaterpädagogisches Projekt erarbeitet bzw. erspielt.

Trotz der sehr guten Akzeptanz kommt auch das Atze-Theater nicht ohne staatliche Unterstützung aus. Die Miete für die bezirkseigene Immobilie beträgt symbolisch einen Euro pro Monat, der Senat fördert den Spielbetrieb mit ca. 690.000 €. 2009 wurde das Gebäude mit Lottomitteln aufwendig saniert.

Im April dann der Paukenschlag: Das Bezirksamt kündigt den Mietvertrag kurzfristig aus Kostengründen, um dieses überregionale Theater vollständig in die Verantwortung des Landes zu übertragen.

Thomas Sutter, Leiter des Theaters, wandte sich an die Abgeordnete Bruni Wildenhein-Lauterbach (SPD) und schilderte erschüttert, dass damit die Zukunft des Musiktheaters akut gefährdet sei, da ohne sichere Spielstätte und finanzielle Sicherheit die Mitarbeiter des Theaters abwandern werden und eine Planung der Spielzeit 2013/14 nicht mehr möglich sei. „Mir war klar, dass jetzt schnell gehandelt werden



Die Abgeordnete Bruni Wildenhein-Lauterbach, zuständig für Finanzen, mit Theaterleiter Thomas Sutter vor dem Atze-Theater.

musste“, so Wildenhein-Lauterbach, die sich bereits in der Vergangenheit im Abgeordnetenhaus erfolgreich für eine Aufstockung der Fördergelder für Atze eingesetzt hatte. Sie fand Unterstützung beim Kulturstaatssekretär Schmitz und vermittelte Gespräche zwischen Senat und Bezirksebene. Schnell zeigte sich, dass sich im Grunde alle einig waren: Atze soll weitermachen. Denn Atze ist weit mehr als nur ein Theater für Kinder, es übernimmt auch wichtige Integrationsaufgaben. Diese prämierte Arbeit der Theaterpädagogen mit u.a. Kitas, Schulen, Bibliotheken, der VHS und der Musikschule ist sehr erfolgreich.

Nach intensiven Gesprächen zwischen Bezirk, insb. durch Stadtrat Davids (SPD) und dem Senat, zeichnet sich ein Weg ab, Atze an seinem Standort zu retten. Als Erstes wurde der Mietvertrag vom Bezirk verlängert, um Zeit für eine tragfähige Lösung zu haben. Das Bezirksamt und die Kulturverwaltung arbeiten nun daran, die Einzelheiten zu regeln. Auch wenn der Teufel oft im Detail steckt: Die Chancen für den Verbleib des Atze Musiktheaters im Wedding stehen gut; das wäre ein Glücksfall, nicht nur für den Wedding.

Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdB, Mitglied im Hauptausschuss